

Rede von Charles Haughey über die Eingliederung der DDR in die EG (Straßburg, 16. Mai 1990)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Mai 1990, n° 5. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_charles_haughey_uber_die_eingliederung_der_ddr_in_die_eg_straßburg_16_mai_1990-de-b49a3b3d-79ba-43cd-8dc7-d142297bc5f8.html

Publication date: 23/10/2012

Rede von Charles Haughey über die Eingliederung der DDR in die EG (Straßburg, 16. Mai 1990)

Herr Präsident, verehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments! Ich danke Ihnen für die Einladung, vor dem Parlament eine Rede zu halten, mit der Sie mir Gelegenheit gegeben haben, zu Ihnen, den direkt gewählten Vertretern von über 320 Millionen Europäern, zu sprechen und Ihre Meinung zu den großen Fragen zu hören, die unsere Gemeinschaft und unseren Kontinent bewegen. Ich weiß, daß über die Themen, die auf der Sondertagung des Europäischen Rates am 28. April 1990 in Dublin erörtert wurden, in diesem Hause debattiert und gründlich beraten wird. Aus diesem Grunde war es wichtig, daß die Regierungschefs Gelegenheit hatten, zu Beginn ihres Treffens die Auffassungen des Parlaments aus dem Munde des Parlamentspräsidenten zu vernehmen. Heute möchte ich Ihnen über das Ergebnis unseres Treffens und über die Entscheidungen berichten, die getroffen wurden und die nach meiner Überzeugung von größter Bedeutung für die Zukunft Europas sind.

Die Tagung wurde als Reaktion auf die dramatische Entwicklung der Ereignisse in Europa während der letzten Monate einberufen. Ich war der Meinung — und mit mir die übrigen Staats- bzw. Regierungschefs —, daß die Ereignisse ein solches Tempo angenommen hätten und die Notwendigkeit einer den Zusammenhalt festigenden und wohlüberlegten Reaktion der Gemeinschaft so groß sei, daß wir nicht bis zum im Juni geplanten Europäischen Rat warten sollten, um zu handeln.

Unser Kontinent erfährt tiefgreifende Veränderungen, die die Zukunft unserer Bürger auf lange Sicht entscheidend beeinflussen werden. Wir haben gesehen, daß es letztlich nicht möglich ist, sich den Forderungen der Menschen zu widersetzen, die für die Erlangung bzw. Wiedererlangung ihrer Grundrechte kämpfen. Ich brauche nur den Fall der Gewerkschaft „Solidarność“ in Polen zu erwähnen. Ein bedeutender Anstoß zum Wandel ging von Präsident Gorbatschow aus, aber die dramatischen Ausmaße dessen, was sich tatsächlich abspielte, wurden in jenem Augenblick vor sechs Monaten sichtbar, als die Menschen in Berlin begannen, die Mauer niederzureißen, die ihre Stadt teilte. In jenem Augenblick begannen sie auch, wie Vaclav Havel festgestellt hat, die Mauer hinwegzufegen, die Europa ein halbes Jahrhundert lang geteilt hat.

Nach Jahrzehnten der Teilung waren wir plötzlich und unerwartet zum Anfang des Endes der unersprißlichen, von Konfrontation geprägten Nachkriegsjahre gelangt. Für unseren alten Kontinent ergibt sich endlich die Möglichkeit, durch Frieden und Zusammenarbeit das gewaltige Potential seiner Menschen und Ressourcen voll zu erschließen. Die Europäische Gemeinschaft ist der Anker der Stabilität für ganz Europa in der Gegenwart und die Quelle der Hoffnung und des Optimismus für die Zukunft. Wir müssen dafür sorgen, daß sie die Führung und die richtungweisende Kraft aufbringt, deren es bedarf, wenn Europa den Frieden, die demokratische Freiheit und die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse erreichen will, auf die unsere Bevölkerung einen Anspruch hat.

Die Gemeinschaft sieht sich drei ganz unmittelbaren und drängenden Herausforderungen gegenüber, und sie waren es auch, die mich ursprünglich zur Einberufung einer Sondertagung des Rates veranlaßt haben. Es sind dies die sich abzeichnende deutsche Einigung und die damit verbundene Integration der Deutschen Demokratischen Republik in die Gemeinschaft, die Notwendigkeit, eine angemessene und konsequente Politik gegenüber den wiedererstehenden Demokratien Mittel- und Osteuropas zu formulieren, und die Notwendigkeit, den Prozeß der europäischen Integration zu beschleunigen.

Nach meiner Meinung wurden auf dem Europäischen Rat in allen drei Bereichen wesentliche und entscheidende Fortschritte erzielt.

Ich möchte mit der deutschen Einigung beginnen. Deutschland gehört zu den Gründungsmitgliedern der Gemeinschaft, und die Bundesrepublik war von Anfang an ein zentraler Stützpfiler des europäischen Bauwerks. Die Bundesrepublik hat es niemals zugelassen, daß sich ihr Streben nach staatlicher Einheit nachteilig auf die Bewegung hin zur europäischen Einheit auswirkte. Vielmehr haben die jeweiligen Politiker an der Spitze Westdeutschlands stets und ständig die Auffassung vertreten, daß die deutsche Vereinigung nur unter dem europäischen Dach zustande kommen könne.

Die Aussicht auf die Vereinigung Deutschlands wurde von den Staats- bzw. Regierungschefs auf der Sondertagung des Rates in unzweideutiger und bedeutsamer Weise wärmstens begrüßt. Ich freue mich, die Gelegenheit zu haben, dem Parlament dies in Anwesenheit von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident de Maiziere mitteilen zu können.

Aber nicht nur Deutschland hat Grund zur Zufriedenheit. Durch die Eingliederung des Territoriums der DDR in die Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes wächst gleichzeitig die Zahl der Bürger der Gemeinschaft um weitere 16 Millionen, die die ihnen eigenen Fähigkeiten und ihren Unternehmungsgeist einbringen und die Gesamtgröße des einheitlichen Marktes erweitern. Zunächst bedarf es besonderen Verständnisses, damit sich dieser Teil Deutschlands von der Erfahrung der letzten 45 Jahre erholen und sich den Normen der Gemeinschaft anpassen kann, aber es kann keinen Zweifel geben, daß er eine Bereicherung der Gemeinschaft darstellt.

Der Europäische Rat brachte auf der Sondertagung seine Entschlossenheit zum Ausdruck, daß die Eingliederung des Staatsgebiets der DDR in die Gemeinschaft mit einem Minimum an Änderungen und Umstellungen vollzogen werden soll.

Bei Befürchtungen in dieser Hinsicht werden sowohl der Schwung, den der Integrationsprozeß gewonnen hat, als auch der Vorrat an Energie, Entschlossenheit und politischem Geschick unterschätzt, der den Institutionen der Gemeinschaft in Deutschland und in den übrigen Mitgliedstaaten zur Verfügung steht und der mobilisiert werden kann, um alle sich möglicherweise auftürmenden Schwierigkeiten zu bewältigen. Wir sind zuversichtlich, daß sowohl die Bundesrepublik als auch entsprechend die Gemeinschaft ohne größere Schwierigkeiten die Eingliederung eines Gebietes meistern können, dessen Bevölkerung ein Viertel der der Bundesrepublik und weniger als ein Zwanzigstel der der Gemeinschaft ausmacht.

Der Rat brachte seine Meinung in diesem Punkt deutlich zum Ausdruck. Er zeigt sich überzeugt, daß die Eingliederung der Deutschen Demokratischen Republik zu einem rascheren Wirtschaftswachstum in der Gemeinschaft beitragen wird, und erklärte, daß die Eingliederung unter Wahrung des wirtschaftlichen Gleichgewichts und der monetären Stabilität stattfinden soll.

Ich möchte die Probleme, die sich dabei ergeben, nicht beschönigen, möchte aber betonen, daß sie in den Griff zu bekommen sind. Selbstverständlich müssen die Übergangsvereinbarungen eingehend geprüft werden. Aber die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Gemeinschaft über alle wichtigen Maßnahmen auf dem laufenden zu halten, die von den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR im Hinblick auf eine Angleichung in den Bereichen Politik und Gesetzgebung erörtert und vereinbart werden. Darüber hinaus wird die Kommission in vollem Umfang in diese Erörterungen einbezogen.

Die Kommission wird Vorschläge für Übergangsregelungen unterbreiten, die bei der Eingliederung des Gebietes der DDR in die Gemeinschaft angewendet werden sollen. Sie werden auf das unbedingt Notwendige beschränkt und sollen die möglichst rasche Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes in einer mit den Gegebenheiten in den betroffenen Regionen zu vereinbarenden Weise ermöglichen.

Aufgrund der Beratungen auf der Sondertagung bin ich zuversichtlich, daß die Eingliederung des Gebietes der DDR in die Gemeinschaft ohne nachteilige Folgen für andere Regionen der Gemeinschaft vollzogen werden kann. Bundeskanzler Kohl hat dem Rat in eindringlichen Worten versichert, daß die Eingliederung des Gebietes der DDR in die Gemeinschaft nicht auf Kosten der weniger entwickelten Regionen erfolgen werde. Diese Zusicherung gibt zusammen mit der Erklärung in den Schlußfolgerungen des Rates den Menschen in diesen weniger wohlhabenden Regionen ausreichend Sicherheit und zeigt erneut, daß die wirtschaftliche Entwicklung in einer den Zusammenhalt festigenden und integrierenden Weise verlaufen sollte.

Die Vereinigung Deutschlands ist selbstverständlich nur Teil eines umfassenderen Geschehens, das sich in der Mitte und im Osten unseres Kontinents abspielt. Die große Volkserhebung, die das unterdrückerische Regime in der DDR hinwegfegte, hat sich in unterschiedlichem Ausmaß in Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen, Bulgarien und Rumänien wiederholt. Das neue Denken und eine mutige Führung in Moskau lassen

im übrigen Europa die Hoffnung aufkeimen, daß Verhandlungen nicht nur zu gegenseitig annehmbaren Vereinbarungen zwischen den Völkern, aus denen die Sowjetunion besteht, sondern auch zur Herstellung eines völlig neuen Verhältnisses zwischen sämtlichen Völkern Europas führen.

Die Wirkung der Veränderungen auf die Gemeinschaft und ihre Bürger war tief. Gleichzeitig mit den politischen und real existierenden Schranken, die die Gemeinschaft vom Osten getrennt haben, verschwinden auch die psychologischen Hindernisse. Bedeutende Städte wie Dresden, Prag, Krakau und Budapest nehmen in unserem Bewußtsein wieder ihren Platz als Schatzkammern der europäischen Kultur und Geschichte ein. Der Europäische Rat hat auf seiner Sondertagung den Prozeß des Wandels in Mittel- und Osteuropa begrüßt und das gemeinsame Erbe und die gemeinsame Kultur hervorgehoben, die die Länder dieser Region mit unserer Gemeinschaft verbinden. Die wiedererstehenden Demokratien in Mittel- und Osteuropa kehren mit großen Erwartungen zum pulsierenden Mittelpunkt des Lebens Europas zurück, die zum großen Teil durch die Errungenschaften der Europäischen Gemeinschaft geweckt wurden. Es ist entscheidend, daß die Gemeinschaft weiterhin eine Führungsrolle für den übrigen Kontinent ausübt und inspirierend auf ihn wirkt und daß wir positiv und realistisch auf die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa reagieren. Dies ist durch ein flexibles Verhaften geschehen; das darauf zugeschnitten war, der politischen und wirtschaftlichen Lage eines jeden Landes gerecht zu werden.

Die erste Stufe des Aktionsplans der Gemeinschaft wird bereits in Form von kurzfristiger Soforthilfe, Handelsvergünstigungen, Investitionsmaßnahmen, Maßnahmen zur finanziellen Stabilisierung und Projekthilfen durchgeführt. Programme für die Berufsausbildung und den Austausch von Studenten stehen kurz vor dem Abschluß. Eine zweite, parallel zur ersten abgewickelte Stufe galt der Schaffung eines Netzwerks von Handels- und Kooperationsabkommen. Der Rat hat auf der Grundlage der Kommissionsmitteilung beschlossen, in naher Zukunft Verhandlungen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas über Assoziierungsabkommen aufzunehmen, die einen institutionellen Rahmen für den politischen Dialog einschließen. Die Verhandlungen über diese Abkommen sollen so rasch wie möglich abgeschlossen werden, sofern die Grundbedingungen für demokratische Prinzipien und den Übergang zu einer Marktwirtschaft in diesen Ländern erfüllt werden.

Neben ihren eigenen Initiativen hat die Kommission auch im Rahmen der Zusammenarbeit innerhalb einer Gruppe von 24 Ländern und bei der Gründung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung eine führende Rolle übernommen. Der Rat forderte auf seiner Sondertagung dazu auf, das Vorgehen im Rahmen der G24 auf die DDR, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien auszuweiten. Der Rat beschloß ebenfalls, private Kapitaltransfers und Investitionen in den Ländern Mittel- und Osteuropas zu ermuntern, und ersuchte die Kommission, die Durchführung der dazu am besten geeigneten flankierenden Maßnahmen zu prüfen.

Die Entschlossenheit des Rates, zwischen der Gemeinschaft und den Ländern Mittel- und Osteuropas ein engeres Verhältnis herzustellen, ist Teil einer zusammenhängenden Strategie im Bereich ihrer Außenbeziehungen. Der Rat hat auf seiner Sondertagung deutlich gemacht, daß die Gemeinschaft auf der internationalen Bühne als politische Einheit auftreten wird, die für gute Beziehungen zu anderen Ländern oder Ländergruppen aufgeschlossen ist. Als wesentlichen Bestandteil dieser Einstellung hat der Rat bestätigt, daß die Gemeinschaft aktiv auf eine baldige Einigung mit unseren EFTA-Partnern, unseren nächsten und vertrautesten Nachbarn, über die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraums hinarbeiten sollte. Bei meinen Treffen mit den Führern der EFTA in den letzten Monaten habe ich auf ihrer Seite den starken Wunsch festgestellt, mit diesen Verhandlungen zu beginnen. In einer Zeit, in der Freiheit und Demokratie in Mittel- und Osteuropa wiederhergestellt und Fortschritte bei den Rüstungskontrollverhandlungen erzielt werden, ist es möglich und notwendig, einen weiteren Rahmen für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit auf unserem Kontinent zu entwickeln. Der Europäische Rat kam überein, daß die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten, die dabei ihre bestehenden Sicherheitsvereinbarungen beibehalten, bei allen Maßnahmen und Erörterungen im KSZE-Prozeß und bei den Bemühungen zur Schaffung neuer politischer Strukturen oder Vereinbarungen auf der Grundlage der Prinzipien von Helsinki eine führende Rolle spielen werden.

Die KSZE kann im breiteren Rahmen eine entscheidende Rolle spielen und sollte in neue Richtungen

weiterentwickelt werden. Es besteht nun weitgehendes Einvernehmen darüber, daß ein KSZE-Treffen auf höchster Ebene vor Ende dieses Jahres wünschenswert ist. Dieses Treffen kann den Prozeß der Weiterentwicklung der KSZE einleiten, einer Entwicklung, die wohlausgewogen sein sollte. Diese Weiterentwicklung wird uns die Möglichkeit geben, die pluralistische Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit, die Ächtung der Menschenrechte, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit im kulturellen Bereich zu fördern. Noch vor dem KSZE-Gipfeltreffen hat die Gemeinschaft einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der KSZE geleistet. Dies ist, wie Sie wissen, auf der Bonner Wirtschaftskonferenz geschehen, die letzten Monat stattgefunden hat. Nächsten Monat bringen wir in Kopenhagen auf der dortigen Konferenz über die menschliche Dimension ein stärkeres Engagement für die Menschenrechte zustande. Die mediterrane Dimension der KSZE wird auf der Tagung in Palma de Mallorca im September erweitert werden. Die Zwölf bekennen sich zu einem sicheren und stabilen Gleichgewicht der Streitkräfte in Europa auf niedrigerem Niveau und hoffen, daß bei den Wiener Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa durch vertrauen- und sicherheitsbildende Maßnahmen fühlbare und rasche Fortschritte erzielt werden.

Im vergangenen Jahr haben Präsident Bush und Außenminister Baker zu einem neuen Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft aufgerufen. Als Reaktion auf diesen Appell brachte der Europäische Rat den Wunsch der Zwölf zum Ausdruck, die transatlantischen Beziehungen der Gemeinschaft auf der Grundlage regelmäßiger Kontakte auf höchster Ebene weiter auszubauen. Der Rat äußerte seine Genugtuung darüber, daß ich als Präsident des Europäischen Rates Anfang dieses Jahres eine Verständigung mit Präsident Bush erreicht habe, der zufolge während jeder Gemeinschaftspräsidentschaft ein Treffen zwischen dem Präsidenten der USA und dem Präsidenten des Europäischen Rates stattfinden wird. Der Rat betrachtet diese und andere regelmäßige Treffen einschließlich der Begegnungen mit der Kommission als guten Rahmen für den weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten. Die irische Präsidentschaft begrüßt es wegen der engen historischen, kulturellen und familiären Bindungen der Bürger ihres Landes zu den Vereinigten Staaten besonders, daß sie diese Gelegenheit hatte, das Verhältnis zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten zu vertiefen.

Der Rat brachte auch seine Entschlossenheit zum Ausdruck, daß die Gemeinschaft ihre Politik der guten Beziehungen und der guten Zusammenarbeit mit den Ländern im Mittelmeerraum intensivieren, ihr besonderes Verhältnis zu den AKP-Ländern aufrechterhalten und ihre Zusammenarbeit mit den Ländern in Asien und Lateinamerika verstärken sollte. Er bekräftigte die Absicht der Gemeinschaft, ihre Zusammenarbeit mit Japan, Kanada, Australien und anderen OECD-Mitgliedern fortzusetzen. Was die Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT betrifft, so unterstrich der Rat das nach wie vor uneingeschränkte Engagement der Gemeinschaft für die Verhandlungen und ihre Entschlossenheit, zu ihrem erfolgreichen Abschluß beizutragen.

Der Rat erörterte auch einen Handel anderer Art, ein finsternes Treiben, das für die Menschen in Europa eine große und wachsende Bedrohung darstellt; damit meine ich den international organisierten verbrecherischen Handel mit Rauschgift. Die von ihm ausgehende Gefahr kann nicht übertrieben werden. Der Schaden, der vor allem Hunderttausenden junger Leute durch den Drogenmißbrauch zugefügt wird, ist einer der großen Schandflecke unserer Zivilisation. Kürzlich hatten Sie in diesem Hause Gelegenheit, sich vom Präsidenten Kolumbiens in einer bewegenden und eindrucksvollen Rede die Gewalt und die Kriminalität schildern zu lassen, die mit dem Drogenhandel verbunden sind. Er machte deutlich, daß es sich dabei um ein Problem mit schwerwiegenden internationalen Konsequenzen handelt, zu dessen Bewältigung es der internationalen Solidarität bedarf.

Für die Gemeinschaft ist es an der Zeit, das ganze internationale Ausmaß des illegalen Rauschgifthandels voll und in aller Offenheit zu erkennen und die unbedingte Notwendigkeit einzusehen, zu seiner Bekämpfung schnell und umfassend gemeinsam vorzugehen. Eine straff gegliederte internationale Verbrecherorganisation kann nur durch die internationale Zusammenarbeit der Sicherheits- und Ordnungskräfte besiegt werden. Wir haben dies in Dublin erörtert und die hochrangige Gruppe der Koordinatoren CELAD gebeten, in enger Zusammenarbeit mit der Kommission Bericht über Maßnahmen im Hinblick auf eine effizientere Koordination und über vorrangige Maßnahmen der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten im Rahmen einer konzertierten Aktion gegen Drogenmißbrauch und die illegale Herstellung

und Verbreitung sowie den illegalen Verkauf von Rauschgift zu erstatten. Dieses Papier wird die Grundlage für eine gesonderte Erörterung auf dem Europäischen Rat im Juni bilden.

Während meiner Rundreise durch die Hauptstädte der Gemeinschaft, die ich im Zuge der Vorbereitung der Ratstagung in Dublin unternahm, wurde deutlich, daß unter den Mitgliedern des Rates das Bewußtsein weitverbreitet war, daß die Gemeinschaft Art und Geschwindigkeit ihrer eigenen inneren Integration in Anbetracht der sich rasch wandernden Lage in Europa überprüfen müsse. Es war die Entschlossenheit festzustellen, die in der Einheitlichen Europäischen Akte niedergelegten Ziele in jeder Hinsicht voll und wirksam zu erreichen. Dazu gehören die Vollendung des Binnenmarktes und die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Es wurde auch mit Bestimmtheit die Auffassung vertreten, daß wir, wenn sich die europäische Einheit störungsfrei entwickeln soll, unbedingt die politische Union anstreben müssen. Die auf der Sondertagung des Rates geführte Debatte über die Frage der inneren Integration war vielleicht die konstruktivste, an der ich je auf einer Tagung des Europäischen Rates teilgenommen habe. Nach meiner Überzeugung stellt das Ergebnis einen entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Weg zu einer geeinteren, stärker integrierten Gemeinschaft dar.

Auf der Ratstagung wurden Fortschritte in verschiedenen Bereichen der Union erzielt, sowohl in Handels- als auch in sozialen Angelegenheiten sowie in Wirtschaft, Währung und Politik. Der Rat zeigte sich befriedigt über die bisherigen Fortschritte und bekräftigte sein Engagement für die Verwirklichung des Binnenmarktes bis Ende 1992, in dem Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital, von Binnengrenzen ungehindert, frei verkehren können.

Es versteht sich, daß die einzelnen Räte nach den bisher erzielten großen Fortschritten nunmehr mit vertrackteren und umstritteneren Vorgängen, wie zum Beispiel der Besteuerung und der Freizügigkeit von Personen, befaßt sind. Die irische Präsidentschaft hat den von den früheren Präsidentschaften eingeführten intensiven Arbeitsrhythmus beibehalten. Die für den Binnenmarkt zuständigen Minister waren bei ihrem informellen Treffen am 23. und 24. März einhellig der Meinung, daß substantielle Fortschritte gemacht worden seien und daß das Tempo nach wie vor gut sei. In den nächsten Wochen erwarten wir auch Fortschritte auf dem Gebiet der Liberalisierung des Luftverkehrs, des Kommunikationswesens, der Versicherungen, der Kraftfahrzeugemissionen, der Produktprüfung und -bescheinigung, der Normen für Lebensmittel, der Gesundheit von Tieren und Pflanzen und des Aufenthaltsrechts. Lange und schwierige Verhandlungen liegen vor uns, und die Mitgliedstaaten werden um einer Einigung willen bedeutende Zugeständnisse machen müssen.

Auf unserer Tagung in Dublin haben Sie, Herr Präsident Baron Crespo, uns mit Recht darauf hingewiesen, daß es bis zum Termin des Jahres 1992 weniger als 1 000 Tage sind. Tausend Tage! Fünf Ratspräsidentschaften! Wenn wir diesen Termin einhalten wollen — und wir müssen es —, müssen alle Institutionen der Gemeinschaft zusammenarbeiten, um dafür zu sorgen, daß Verzögerungen auf ein Minimum beschränkt und Schwierigkeiten rasch behoben werden. Ich möchte meinen Dank und meine Anerkennung für die ausgezeichnete Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen, die der irischen Präsidentschaft seitens des Parlaments und der Ausschußvorsitzenden zuteil geworden ist. Ich bin zuversichtlich, daß diese Zusammenarbeit uns in der verbleibenden Zeit in die Lage versetzen wird, ein Reihe von Maßnahmen einzuleiten, die dazu beitragen werden, daß die gewaltige Aufgabe bis zum Dezember 1992 erledigt ist.

Die Mitgliedstaaten müssen, soweit erforderlich, auch die Umsetzung von Vorschriften der Gemeinschaft in ihr nationales Recht mit Eifer betreiben, damit wir alle unser Wort gegenüber den Menschen in Europa halten und ihnen am 1. Januar 1993 den freien Markt bieten können, den wir ihnen versprochen haben.

Der Europäische Rat bekräftigte sein Engagement für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die stufenweise in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und im Einklang mit den Schlußfolgerungen der Tagungen des Europäischen Rates von Madrid und Straßburg erfolgen soll. Auf der Sondertagung wurde der Vorschlag von Bundeskanzler Kohl und Präsident

Mitterrand erörtert, eine Frist festzusetzen, innerhalb deren Vertragsänderungen, durch die die WWU ermöglicht wird, in Kraft treten sollten. Auf der Grundlage dieser Erörterung wurde beschlossen, daß die bereits gut vorangeschrittenen Arbeiten zur Vorbereitung der Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion noch stärker intensiviert werden, damit die Vorschläge, die von der Konferenz vereinbart werden, von den Mitgliedstaaten vor Ende 1992 ratifiziert werden können. Dies ist ein mutiger Beschluß, der erneut die Entschlossenheit des Rates belegt, positiv auf den Gang der Ereignisse zu reagieren. In den letzten Monaten sind beträchtliche Fortschritte bei der WWU erzielt worden. Stufe I beginnt nun am 1. Juli. Die Mitgliedstaaten, die noch nicht soweit sind, sind dabei, die Kontrolle der Finanzbewegungen entsprechend einem vereinbarten Zeitplan zu beseitigen. Der Europäische Rat hat jetzt in bezug auf die einzelnen Stufen der WWU einstimmig beschlossen, auf der Grundlage der großen Fortschritte, die bei der informellen Tagung der Finanzminister im April gemacht wurden, beschleunigt vorzugehen.

Der Europäische Rat bekräftigte insbesondere sein Engagement für die politische Union. Ich betrachte diese kategorische Erklärung als ein weiteres Steinchen im Mosaik der Europäischen Union. Unter den Staats- bzw. Regierungschefs bestand Einmütigkeit darüber, daß die Gemeinschaft auf die Entwicklung inner- und außerhalb der Gemeinschaft mit einer Stärkung der demokratischen Legitimität der Union verbesserter Effizienz der Institutionen und einheitlichem und kohärentem Vorgehen der Gemeinschaft auf internationaler Ebene reagieren sollte. Das Parlament wird, dessen bin ich sicher, diesen Beschluß uneingeschränkt unterstützen. In ihm finden sich nicht zuletzt zahlreiche Vorschläge des Europäischen Parlaments wieder.

Die Staats- bzw. Regierungschefs hatten Gelegenheit, zwei von Mitgliedstaaten vorgelegte ergänzende Vorschläge zu prüfen. Zunächst ein Papier der belgischen Regierung, in dem eine Reihe konkreter Vorschläge für institutionelle und verfahrenstechnische Reformen gemacht wurde, zweitens die Initiative von Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterrand, in der eine zweite Regierungskonferenz gefordert wird, auf der das Zustandekommen der politischen Union ebenfalls bis Ende 1992 in seinen Einzelheiten vereinbart werden soll.

Die Außenminister wurden angewiesen, eine eingehende Prüfung und Analyse vorzunehmen und Vorschläge auszuarbeiten, die auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni im Hinblick auf eine Entscheidung über die Durchführung einer zweiten Regierungskonferenz erörtert werden sollen. Diese zweite Konferenz soll parallel zur Konferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion arbeiten, damit die Ratifikation durch die Mitgliedstaaten in demselben zeitlichen Rahmen erfolgen kann. Alle Mitgliedsstaaten erklärten sich bereit, sich uneingeschränkt an dieser Arbeit zu beteiligen, und viele bekundeten ihre Absicht, zusätzlich zu den Vorschlägen Belgiens ihre eigenen einzubringen. Die Außenminister haben bereits mit der Arbeit an der ihnen übertragenen Aufgabe begonnen. Am Wochenende werden sie bei ihrer informellen Zusammenkunft in Irland sämtliche damit zusammenhängenden Fragen aufs gründlichste prüfen. Ich bin optimistisch, daß die Studie, die von ihnen erstellt wird, das Ziel der politischen Union in den gemeinsamen Brennpunkt rücken wird und daß eine Einigung über den weiteren Weg nach vorne auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni erzielt wird. Jean Monnet hat einmal gesagt, daß sich Vertrauen ganz selbstverständlich zwischen Leuten einstelle, die eine übereinstimmende Haltung zu dem Problem einnehmen, das es zu lösen gelte. Wenn alle dasselbe Problem hätten und jeder gleichermaßen an seiner Lösung interessiert sei, machten Meinungsverschiedenheiten und Mißtrauen häufig freundschaftlichen Beziehungen Platz.

Nach meiner Überzeugung sind wir auf dem Weg zu einer gemeinsamen Haltung. Der Prozeß der europäischen Einigung muß aus einer langfristigen Perspektive heraus betrachtet werden. Wir, die gegenwärtig ein Amt innehaben, tragen die Verantwortung dafür, daß ein Prozeß Fortschritte macht, der wahrscheinlich zu unserer Zeit nicht ganz abgeschlossen sein wird, den vielmehr andere zu vollenden haben werden.

Die dramatischen Ereignisse, die in den letzten Monaten über unseren Kontinent hinweggegangen sind, haben die Entschlossenheit der Menschen gezeigt, in Freiheit zu leben und ihr Recht auf eine demokratische Regierung zu behaupten. Sie haben den Wunsch der Völker Ost- und Mitteleuropas bewiesen, sich dem

Hauptstrom der Entwicklung in Europa anzuschließen. Dieses Geschehen hat für die Gemeinschaft die Bedeutung ihrer eigenen inneren Integration und die Notwendigkeit verstärkt deutlich werden lassen, dafür zu sorgen, daß sie sich in ausreichendem Maße entwickelt, um das Beispiel und die Führungsrolle an den Tag legen zu können, die Europa in dieser Zeit braucht.

Wenn wir uns jetzt daranmachen, die Strukturen und die Verfahren einer integrierten, vereinigten Gemeinschaft zu gestalten, wäre es nach meiner Ansicht klug, wenn wir uns sorgfältig damit vertraut machen, was sich in Mittel- und Osteuropa abgespielt hat, und soviel wie möglich daraus lernen.

Wir sollten insbesondere erneut zur Kenntnis nehmen, wie sehr auch nach langen Zeiten der Unterdrückung nationale, ethnische und kulturelle Prägungen Bestand haben und daß politische Strukturen, wenn sie von Dauer sein und Stabilität erlangen sollen, sie voll und ganz anerkennen und unterstützen müssen. Beim Aufbau der europäischen Union müssen wir bestrebt sein, alles uns Trennende zu beseitigen, aber das zu hegen und zu pflegen, was uns unterscheidet. Europa verfügt über einen großen Reichtum durch die Vielfalt seiner Kulturen, Sitten, Sprachen, Gebräuche, seiner Kunst und Architektur. Dieses reichhaltige Reservoir an attraktiven Merkmalen muß als wesentlicher Bestandteil des Lebens der Europäischen Gemeinschaft erhalten werden. Der Europäische Rat hat drei nützliche Leitlinien aufgestellt, auf die sich unser Denken stützen kann: demokratische Legitimität, effiziente Institutionen, kohärentes Vorgehen auf internationaler Ebene. Die Bedeutung der demokratischen Verantwortlichkeit innerhalb der Gemeinschaft kann nicht genug hervorgehoben werden. Wir haben in den letzten Monaten in Europa allzu deutlich erlebt, was geschieht, wenn sich die Menschen der Regierungsform entfremden, unter der sie leben. Wir müssen deshalb sicherstellen, daß die Entwicklung der Gestaltung der Politik in der Gemeinschaft und ihrer Gesetzgebungsstruktur mit den notwendigen Vorkehrungen für eine demokratische Kontrolle einhergeht, selbstverständlich einschließlich einer angemessenen Rolle für das Europäische Parlament.

Die Verhandlungen, in die wir auf der bevorstehenden Regierungskonferenz eintreten, werden höchstwahrscheinlich zu einer Erweiterung der Zuständigkeiten der Gemeinschaft führen. In einer Wirtschafts- und Währungsunion werden die Institutionen der Gemeinschaft neue Verantwortlichkeiten haben, die zum Nutzen aller entlastet werden müssen. Es muß gewährleistet sein, daß sie in Übereinstimmung mit ihrem Mandat und unter angemessener Kontrolle durch gewählte Volksvertreter tätig werden. Die Debatte darüber hat bereits begonnen und ist nicht zuletzt durch Ihre eigenen Beiträge in diesem Parlament angeregt worden. Die Rolle des Europäischen Parlaments und das Ausmaß der von ihm ausgeübten demokratischen Kontrolle werden im Mittelpunkt der gesamten Debatte stehen. Die Diskussion wird sich auch darauf konzentrieren, wie das Gleichgewicht zwischen dem Parlament und den nationalen Parlamenten sowie zwischen den Institutionen der Gemeinschaft gewahrt werden kann. Die Auffassungen darüber, wie am besten zu verfahren ist, können durchaus voneinander abweichen. Aber unsere Grundsätze und unsere Ziele sind klar. Unsere Gemeinschaft und ihre Institutionen müssen im demokratischen Prozeß verwurzelt sein, ihre Handlungen müssen von den Menschen mitgetragen werden und deren Bedürfnissen und Bestrebungen entsprechen. Ich muß dem Parlament für seine Bemühungen Anerkennung aussprechen, sich mit dieser Frage durch die Einberufung europäischer Assisen auseinanderzusetzen, bei denen Vertreter des Europäischen und der nationalen Parlamente gemeinsam beraten. Die Assisen werden eine nützliche Gelegenheit zu einem konstruktiven Meinungs austausch zwischen Parlamentsabgeordneten darüber sein, wie ein angemessener Grad an demokratischer Verantwortlichkeit der Gemeinschaftsregierung gewährleistet und wie festgelegt werden kann, auf welchen Ebenen diese Kontrolle ausgeübt werden soll. Die Ergebnisse dieser Beratungen werden, so steht zu hoffen, so rechtzeitig vorliegen, daß sie in die Arbeit der Regierungskonferenz eingehen können.

Davor noch können die Mitglieder des Rates den umfangreichen Ertrag der Arbeit nutzen, die im Parlament in der Gestalt einer Reihe von Berichten und Entschlüssen über die Wirtschafts- und Währungsunion und die institutionelle Reform bereits geleistet wurde oder noch im Gange ist. Eine weitere Gelegenheit zu einem erschöpfenden Meinungs austausch wird sich bei der Diskussion ergeben, die wir für morgen zwischen den Mitgliedern des Parlaments, dem Rat und der Kommission unter Beteiligung anderer Institutionen angesetzt haben. Ein derartiger Dialog ist von größter Bedeutung und wird mit Sicherheit bewirken, daß bei den Verhandlungen auf Regierungsebene alle legitimen Interessen berücksichtigt werden.

Die Frage der Effizienz der Gemeinschaftsinstitutionen ist untrennbar mit der demokratischen Legitimität verbunden. Für die demokratische Legitimität der Gemeinschaft ist es entscheidend, daß das Gleichgewicht zwischen den Institutionen den Willen der Bürger der Gemeinschaft widerspiegelt. Dieses Gleichgewicht sollte von Zeit zu Zeit überprüft werden, um der Weiterentwicklung der europäischen Identität unserer Bürger Ausdruck zu geben, da die Fortschritte hin zur Europäischen Union bei der Bevölkerung auf Zustimmung stoßen müssen. Monnet hat gesagt, ohne Menschen sei nichts möglich, ohne die Institutionen sei nichts von Dauer.

In den Verträgen haben wir bestimmte Institutionen vorgesehen und errichtet, die sich in der Gemeinschaft bewährt haben. Der Rat, die Kommission, das Parlament und der Gerichtshof sind als Institutionen in vielerlei Hinsicht einmalig und speziell auf die Bedürfnisse und Realitäten der Gemeinschaft zugeschnitten. Sie trachten vor allem danach, das Streben unserer Völker nach unserer europäischen Zukunft mit der Wirklichkeit tiefverwurzelter und geschichtlich gewachsener nationaler Identitäten in Einklang zu bringen. Meines Erachtens sind diese Institutionen bei einem angemessenen und von allen beschlossenen Ausbau unserer Befugnisse, Zuständigkeiten und Arbeitsverfahren durchaus in der Lage, auf absehbare Zeit das institutionelle Rahmenwerk der Gemeinschaft abzugeben.

Die Fähigkeit der Gemeinschaft, die zahlreichen komplexen Aufgaben zu erfüllen, die sie übernommen hat, hängt vom Reaktionsvermögen und von der Leistungsfähigkeit ihrer Institutionen ab. Wenn wir die vor uns liegenden großen Ziele — die Vollendung des Binnenmarktes, die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Eingliederung Ostdeutschlands und den Ausbau unserer internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen — verwirklichen wollen, müssen wir imstande sein, Entscheidungen reibungslos, wirksam und ohne großen Zeitverlust zu treffen. Wir müssen um jeden Preis eine Blockade oder Lahmlegung infolge schlechter Verwaltung oder mangelnder Zusammenarbeit zwischen den Institutionen vermeiden. Zugleich müssen die Entscheidungen, die getroffen werden müssen, ausgewogen sein und Rücksicht auf die Interessen sämtlicher Beteiligten nehmen.

Selbstverständlich wird sich die Regierungskonferenz mit dem Verfahren der Beschlußfassung beschäftigen müssen, damit seine Effizienz verbessert wird. Sie sollte in diesem Zusammenhang prüfen, ob die Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit auf weitere Politikbereiche ausgedehnt werden sollten, bei denen die Gemeinschaftsdimension weit im Vordergrund steht.

Der Europäische Rat hat die Bedeutung eines einheitlichen und kohärenten Vorgehens der Gemeinschaft auf internationaler Ebene hervorgehoben. Wir dürfen nicht zu einer auf sich selbst bezogenen Gemeinschaft werden, die ständig nur mit sich selbst beschäftigt ist. Dies würde wohl auch weder von unseren eigenen Bürgern noch von der Außenwelt zugelassen. Die Gemeinschaft ist der größte Handelsblock auf der Welt. Ihr Wohlergehen hängt von ihren Beziehungen zur übrigen Welt ab. In dieser Hinsicht haben wir keine Wahl; die Gemeinschaft kann keine Mauer um sich herum errichten. Sie wird ständig um ihre Meinung und ihre politische Unterstützung in Fragen und Situationen überall auf der Welt gebeten. Aber das ist nichts Neues. Die Europäische Gemeinschaft hat ihre Zukunft nie im Dasein als einem isolierten Block von Nationen gesehen. Wir haben immer über den Zaun geschaut und unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Japan, Kanada, Australien und den anderen Mitgliedern der OECD gepflegt. Die Herausforderungen, die sich für uns durch unsere Beziehungen zu anderen Ländern ergeben, sind für die Gemeinschaft stets ein bedeutender Antrieb gewesen. Wir haben auch seit langem erkannt, daß die wachsende Kluft zwischen Nord und Süd, zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern im Mittelpunkt unseres Interesses stehen muß. Wir haben durch das Lomé-Abkommen mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks eine wirksame Politik der Zusammenarbeit entwickelt. Wir sind durch ein besonderes Abkommen mit den ASEAN-Ländern verbunden. Wir arbeiten mit den Ländern Mittelamerikas im Rahmen des Prozesses von San Jose und mit den Staaten Lateinamerikas zusammen. Viele Jahre lang arbeiten wir schon im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit auf gemeinsame Positionen in der Außenpolitik hin. Unsere Zusammenarbeit in der Außenpolitik ist inzwischen ein fester Bestandteil der internationalen Angelegenheiten allgemein, sei es in unseren Beziehungen zu einzelnen Staaten oder in internationalen Organisationen, angefangen bei der UNO selbst.

Die Koordinierung zwischen auf den wirtschaftlichem Gebiet beschlossenen Positionen und denen in der

Europäischen Politischen Zusammenarbeit nimmt einen immer größeren Stellenwert in unserem Handeln im Bereich der Außenbeziehungen ein. Dies hat sich während der irischen Präsidentschaft vor allem in unserem Verhalten gegenüber den Ländern Mittel- und Osteuropas gezeigt.

Diese Koordinierung läßt sich aber mit Sicherheit noch verbessern. Dies war einer der Punkte, um die es dem Europäischen Rat zu tun war, als er die Aufnahme einer eingehenden Prüfung über die Notwendigkeit möglicher Vertragsänderungen ankündigte, die darauf abzielen, ein einheitliches und kohärentes Vorgehen der Gemeinschaft auf internationaler Ebene zu gewährleisten. Aus dieser Perspektive ergibt sich für die Gemeinschaft auch die Notwendigkeit, einen weiteren Rahmen für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für ganz Europa zu entwickeln. Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten werden deshalb eine führende Rolle im KSZE-Prozeß spielen, wie ich schon gesagt habe. Dieser weitere Rahmen dient zur Verankerung der historischen Veränderungen, die sich in Europa vollziehen. Die Gemeinschaft ist für die Länder Mittel- und Osteuropas auf ihrem Wege zur Freiheit der Magnetpol. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß wir auch in Zukunft die Rolle spielen können, die uns dank unserer Situation zugefallen ist und die die Welt von uns zum Nutzen nicht nur von uns selbst, sondern ganz Europas verlangt.

Ich habe die drei Leitlinien erwähnt, die die Europäische Gemeinschaft für unsere künftige Arbeit aufgestellt hat. Lassen Sie mich hinzufügen, daß der Mörtel, der die Ziegelsteine der Europäischen Union miteinander verbindet, im Konzept der Subsidiarität bestehen wird. Es versteht sich von selbst, daß Beschlüsse auf der geeignetsten Ebene, sei es die örtliche, die regionale, die nationale oder die der Gemeinschaft, gefaßt werden müssen. Ich halte es für ein großes Verdienst des Parlaments, daß Sie bei den Bemühungen um die Festlegung und Ausarbeitung dieses Prinzips an vorderster Front gestanden haben. Die Gemeinschaft wird sich nämlich gewöhnlich zwischen dem Handeln der Einzelstaaten und der Entwicklung angemessener Gemeinschaftspolitiken bewegen. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß das Ergebnis unserer Beratungen in dieser Frage nicht die Entwicklung von Gemeinschaftspolitiken verzögert oder die Ziele des Vertrages oder den gemeinschaftlichen Besitzstand verfälscht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich möchte Ihnen nochmals dafür danken, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, Ihnen das Ergebnis eines in meinen Augen sehr erfolgreichen Gipfeltreffens zu erläutern. Die Gemeinschaft sieht sich einer großen Herausforderung an ihre Führungskraft in einem neuen Europa gegenüber. Wir müssen uns dieser Herausforderung mit Mut und Abgeklärtheit stellen. Wir müssen danach streben, eine starke Gemeinschaft auf der Grundlage der demokratischen Legitimität zu errichten, zugleich aber den Reichtum der Vielfalt erhalten, der uns als Europäer auszeichnet. Die Sondertagung des Europäischen Rates hat gezeigt, daß die Gemeinschaft den politischen Willen besitzt, für die Menschen Europas eine Gemeinschaft zu schaffen, die ihren höchsten Erwartungen gerecht wird. Wenn wir dieses Bemühen durchhalten — und darin bin ich sehr zuversichtlich —, kann die Gemeinschaft ihres Platzes in Europa sicher sein, und Europa wird seinen ihm zustehenden Platz auf unserer Welt behalten können.